

NZZ am Sonntag

Migration

Private Seenotretter stützen das Geschäft der Schlepper

Mit 2 Millionen Euro im Jahr alimentiert der deutsche Staat private Seenotretter, die aus dem Mittelmeer Flüchtlinge fischen und zumeist in italienischen Häfen abladen. Ein entsprechender Beschluss des Bundestages kommt jetzt zur Auszahlung. Verständlich, dass dies die italienische Regierung verärgert. Sie legt sich deshalb bei der Annahme der Asylreform der EU-Staaten quer. Das Gutmenschenken der Ampelkoalition in Berlin sät Zwietracht in Europa. Dafür haben die Rettungsschiffe der deutschen Nichtregierungsorganisationen weiter Wasser unter dem Kiel: «Aurora», «Sea Eye», «Humanity 1» und wie sie alle heissen. Ihr Einsatz ist edel und doch fragwürdig. «Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt», lautet der Glaubenssatz, mit dem United4Rescue, das Bündnis dieser Rettungsorganisationen, um Spenden wirbt. Das ist richtig. Aber noch richtiger ist: Man lässt Menschen gar nicht erst auf Todesrouten übers Meer fahren. Die privaten Retter aus dem links-grünen evangelischen Milieu wecken die Illusion, die Überfahrten aus Libyen oder Tunesien seien nicht so gefährlich - es gibt doch die Chance auf Rettung. Die Migranten glauben es, die Schlepper wissen es: Die Seenotretter bewahren manche vor dem Ertrinken. Und ermuntern noch mehr, die Fahrt über das Mittelmeer zu wagen. *Markus Bernath*

Fifa

Der Teilumzug nach Miami könnte ein Fehler sein

Gianni Infantino macht kein Geheimnis daraus, dass es ihm in der Schweiz an Wertschätzung mangelt. Nicht zuletzt stört den Präsidenten des Weltfussballverbandes, dass er in seiner Heimat immer wieder juristischen Ärger hat, wenngleich bisher alle Verfahren aus seiner Sicht glimpflich endeten. Es erscheint also konsequent, dass die Fifa nun ihre Rechtsabteilung und weitere zentrale Bereiche nach Miami verlegt. Ausgerechnet in die USA zu flüchten, könnte sich jedoch als Fehler erweisen. Die dortigen Staats- und Rechtsanwälte sind für ihre rabiate Gangart bekannt. Sie müssen nicht einmal einen neuen Korruptionsskandal wittern, auch alltägliche Auseinandersetzungen um Sponsoren-Deals oder Fernsehverträge können in den USA eskalieren. Und zwar in ganz anderer Form als hierzulande, wo die Sportverbände seit je attraktive Bedingungen vorfinden. Für Zürich wären die Steuerausfälle selbst bei einem vollständigen Wegzug der Fifa verkraftbar. Abgesehen davon würde auf dem Zürichberg ein Grundstück an schöner Lage frei. Neue Eigner würden sich finden, womöglich könnte der Zoo seine Fläche erweitern. Die Schweiz braucht die Fifa nicht - aber die Fifa könnte der Schweiz noch nachtrauern. *Sebastian Bräuer*

Kundendaten

Es dörf es bitzeli meh si

Coop und Migros verkaufen Kundendaten an die Markenartikel-Industrie. Künftig wissen Coca-Cola und Nestlé genau, was und wie wir einkaufen - und können uns mit zielgenauer Werbung eindecken. Damit eifern die Schweizer Händler den Tech-Giganten nach. Deren Imperien basieren darauf, dass sie die Daten ihrer Nutzer vermarkten. Darüber kann man sich empören. Oder man kann rechnen und Forderungen stellen: Coop und Migros geben uns heute gerade einmal 1 Prozent des Umsatzes ab, wenn wir ihnen unsere Daten geben. So viel ist ein Cumulus- oder Supercard-Punkt wert. Das ist entschieden zu wenig. Darum, liebe Händler, beteiligt uns Kunden an der neuen Geldquelle - oder wir lassen die Bonuskarten künftig zu Hause. *Guido Schätti*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Klima und Energie: Die Ziele sind hehr, ihre Umsetzung harzig

CO₂-Gesetz und Mantelerlass haben es eben gezeigt: Die Schweizer Politik tut sich äusserst schwer mit Reformen. Es braucht eine Art demokratischen Masochismus, schreibt Alexander Keberle

Im Klima- und Energiebereich stehen grosse Herausforderungen an: Bis 2050 müssen wir unsere Stromproduktion verdoppeln und die Treibhausgasemissionen viermal schneller absenken als bisher. Das Parlament hat in der soeben zu Ende gegangenen, letzten Session vor den Wahlen zwei grosse Brocken aus diesen Bereichen beraten: Den Mantelerlass im Strombereich und das CO₂-Gesetz.

In den Medien las man, es sei eine «Fülle von Neuerungen» erreicht worden, es hätten «alle Abstriche machen» müssen. Es stimmt: Mantelerlass und CO₂-Gesetz bringen wichtige Fortschritte. Aber der grosse Wurf, der angesichts der Herausforderungen nötig wäre, blieb aus. «Notwendig, aber nicht hinreichend», hört man bei den weniger Begeisterten. Es scheint ein Kompromiss geworden zu sein, bei dem nicht alle, sondern niemand schmerzhaften Abstriche machen musste. Die heissen Eisen wurden einfach verschoben - politisch prokrastiniert, sozusagen.

Ich möchte klar betonen: Beide Vorlagen gehen in die richtige Richtung und sind unterstützenswert. Der Mantelerlass bringt überfällige Änderungen auf dem Weg zur Versorgungssicherheit. Und die Neuauflage des CO₂-Gesetzes könnte die Orientierungslosigkeit beenden, die sich seit dem Schiffsbruch des letzten CO₂-Gesetzes an der Urne in der Klimapolitik breitgemacht hat. Aber die Vorlagen geben auch Anlass zu ernüchternden Erkenntnissen:

Erstens wird die Idealpolitik von der Realpolitik eingeholt. Mantelerlass und CO₂-Gesetz sind beide ambitioniert gestartet, von einer «entscheidenden Vorlage für die Versorgungssicherheit» (Ständerätin Lisa Mazzone) war gar die Rede im Parlament. Fortschritte wurden erzielt, aber aus der (berechtigten) Angst vor Referenden wurden keine wirklich schmerzhaften Kompromisse eingegangen. Realpolitisch muss man feststellen, dass sich Grosserlasse nicht für grosse Schritte eignen.

Zweitens zieht sich die Politik immer stärker auf hochgesteckte Ziele zurück, da diese

niemandem weh tun. Im Mantelerlass wurde ein Ausbauziel von 45 Terawattstunden pro Jahr erneuerbare Energie gesetzt. Zum Vergleich: Die Schweiz verbraucht momentan 60 Terawattstunden pro Jahr. Im Klimabereich wurde dieses Jahr das Netto-Null-Ziel bis 2050 ins Gesetz geschrieben. Diese Ziele erscheinen, angesichts des harzigen Fortschritts bei den Massnahmen, als umso ambitionierter.

Drittens hält vermehrt Symbolpolitik Einzug. Um harte Entscheidungen zu umgehen, gelangen Kuriositäten in die Gesetze. Ein Beispiel aus dem CO₂-Gesetz: Der Gesetzgeber will zwar die Höhe der Klimakompensationen bei Treibstoffen bestimmen, hat aber gleichzeitig Angst vor höchst unpopulären Kostenexplosionen an der Tankstelle. Darum schreibt er neben der Menge auch gleich den maximalen Preis der einzukaufenden Kompensationen vor. Dass die Taktik «Bitte zehn Brötchen, aber maximal zum Preis von

fünf» an den Marktrealitäten scheitern wird, liegt auf der Hand.

Die sich einstellende Ernüchterung ist Ausdruck der unangenehmen Realität, dass Politik ganz einfach nicht auflösbare Widersprüche aufweist: Der Klimaschutz hält beharrlich einen Spitzenplatz im Schweizer Sorgenbarometer, aber nur wenige sind effektiv bereit, ihr eigenes Verhalten anzupassen. Kaum jemand bestreitet die Notwendigkeit des Ausbaus der Stromversorgung, aber bitte schön «nimby» - «not in my backyard!». Wir befinden uns auf einer ständigen Gratwanderung zwischen dem Erreichen der Ziele und dem Verlust des Rückhalts in der Gesellschaft. Und Politik ohne Rückhalt ist in einer direkten Demokratie wie der Schweiz keine Option.

Um trotzdem Fortschritte in der Energie- und Klimapolitik zu erreichen, braucht es die Bereitschaft, die eigenen roten Linien zu überdenken. Diese ist vor den Wahlen ziemlich verlorengegangen.

Dem neuen Parlament wird sich die Chance bieten, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Dazu folgende ebenso einfache wie unpopuläre Idee: Jede Partei verzichtet in den grossen Dossiers auf eine ihrer roten Linien. Am Beispiel der Energiepolitik könnte das konkret so aussehen: Die Grünen geben ihre Fundamentalopposition zum Ausbau jeglicher Stromproduktion in der Natur auf und die SP ihre gegen die Strommarktöffnung. GLP und Mitte öffnen sich für eine Aufhebung des Kernkraftverbots, die FDP für gezielte Fördermittel und die SVP für die Windkraft.

Der Philosoph Immanuel Kant sagte einst, dass das Richtige tun und etwas gerne tun sich gegenseitig ausschliessen. Insofern plädiere ich für eine Art demokratischen Masochismus: Die Qualität politischer Arbeit sollte - zumindest in einer Konsensdemokratie wie der Schweiz - nicht nur daran gemessen werden, wie viele eigene Forderungen man durchgesetzt hat. Sondern auch daran, wie viele schmerzhaft Kompromisse man eingegangen ist.

Alexander Keberle



Alexander Keberle, 31, ist Geschäftsleitungsmitglied des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, wo er für die Themen Infrastruktur, Energie und Umwelt verantwortlich ist. Davor war er als Associate Partner bei McKinsey & Company tätig. Keberle hat Recht, Wirtschaft und Politikwissenschaft studiert.